

II-193 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
IX. Gesetzgebungsperiode

19.7.1962

289/J

A n f r a g e

der Abgeordneten P r o b s t , K r a t k y , K o n i r , P i c h l e r ,
Anna C z e r n y und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend die einseitig politische Geschäftsführung des Generaldirektors
und ehemaligen ÖVP-Generalsekretärs Scheidl.

-.-.-

Die unterzeichneten Abgeordneten nehmen die im Zusammenhang mit
der Erfüllung der Forderungen der Post- und Telegraphenbediensteten ent-
standene Polemik zum Anlaß, um auf einige Vorgänge in der Verwaltung der
österreichischen Rundfunkgesellschaft hinzuweisen, die die einseitig poli-
tische Geschäftsführung aufzeigen.

Der derzeitige Generalsekretär der ÖVP, Dr. Withalm, verlangte in
Rundfunk und Fernsehen eine Sendezeit für Sektionschef Latzka. Da diese
Forderung vom Generalsekretär der ÖVP gestellt wurde, kann vermutet wer-
den, daß Sektionschef Latzka als Politiker und nicht in seiner Eigenschaft
als stellvertretender Vorsitzender der österreichischen Rundfunkgesell-
schaft oder gar als Beamter des Finanzministeriums sprach.

Das Fernsehen zog die demokratische Lösung vor, zwei Minister, die
die politische und rechtliche Verantwortung für die Maßnahmen zu tragen
haben, zu Wort kommen zu lassen.

Als daraufhin im Rundfunk der Vorsitzende des Aufsichtsrates er-
suchte, ebenso wie der stellvertretende Vorsitzende zu Wort zu kommen,
wurde dies von dem für die Programmgestaltung zuständigen Vorstandsmit-
glied abgelehnt. Der vom Generalsekretär der ÖVP angemeldete stellvertre-
tende Vorsitzende erhielt natürlich eine Sendezeit.

Die Generaldirektion des Rundfunks lehnt es ab, dem Fernsehen
einen Nachrichtenfernschreiber der APA (Austria Presseagentur) anzuschaf-
fen, weil dann eine objektive Zusammenstellung der Nachrichtensendungen
möglich wäre. In den aktuellen Sendungen des Rundfunks wird durch das zu-
ständige Vorstandsmitglied eine politische Zensur ausgeübt. So wurde eine
Sendung des "Forums der Volksbildung" über die Schulgesetze verboten,
weil nach Ansicht dieses Vorstandsmitgliedes der in der Sendung agierende
Lehrer der "Katholischen Aktion" nicht die Meinung der ÖVP vertritt.

Unter Berufung auf den Gesellschaftsbeschuß der Rundfunk Ges.
m.b.H. vom 11. Dezember 1958, der auszugsweise lautet: "die Programme

289/J

- 2 -

des österreichischen Rundfunks ... dürfen nicht einseitig einer politischen Partei oder Gruppe ... dienen", richteten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, sich dafür einzusetzen, daß dem oben zitierten Gesellschafterbeschuß entsprechend die Programme des österreichischen Rundfunks nicht einseitig einer politischen Partei dienen, auch wenn der Generaldirektor und ehemalige Generalsekretär der ÖVP einen anderen parteipolitischen Auftrag hat?

-.--.-.-.-